

NACHRICHTEN

Paraplegikerstiftung: Hausdurchsuchung

BASEL: Die Basler Behörden haben am letzten Dienstag bei der Paraplegiker-Stiftung eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei wurden Buchführungs-Unterlagen der Stiftung, die ihren Sitz in Basel hat, beschlagnahmt. Die Durchsuchung stehe im Zusammenhang mit einer Strafanzeige des FDP-Nationalrats Marc Suter, wie Markus Melzl, Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel, am Montagabend einen Bericht von Radio DRS bestätigte. Bei der Anzeige gehe es um den Vorwurf, dass Spendengelder missbräuchlich verwendet worden seien. Die beschlagnahmten Unterlagen seien nötig, um die Vorwürfe Suters zu erhärten, sagte Melzl weiter. Das Revisorat der Staatsanwaltschaft Basel werde diese Unterlagen nun genau überprüfen, um herauszufinden ob ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliege oder nicht. Die Behörden hätten aber genau gewusst, welche Unterlagen sie suchten, sagte der Sprecher weiter: «Es war deshalb nicht die ganze Stiftung auf den Kopf zu stellen.» Die Strafanzeige Suters werfe der Paraplegiker-Stiftung von Guido Zäch vor, dass die Gelder nicht im Sinne des Stiftungszweckes verwendet worden seien, sagte Melzl. Die Strafanzeige Suters sei am 3. April eingereicht worden, sagte der Anwalt von Guido A. Zäch auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda. Es handelt sich bereits um die zweite Anzeige gegen die Stiftung, die in Basel hängt ist. Eine erste Anzeige war im Zusammenhang mit dem Einsatz von Geldern für ein Hotelprojekt in Grindelwald eingereicht worden. Bei beiden Fällen gehe es um die Tatbestände der ungetreuen Geschäftsführung und Veruntreuung, sagte Melzl. Beide Delikte werden von Amtes wegen verfolgt.

Spekulationen um Koch-Nachfolge

BERN: Zwei Tage nach dem überraschenden Rücktritt von SP-Präsidentin Ursula Koch gehen die Spekulationen um ihre Nachfolge weiter. Das neue Präsidium wird aber kaum vor dem Herbst gewählt. Ein vorgezogener Parteitag ist unwahrscheinlich. Die Reihen geeigneter potenzieller Nachfolgerinnen und Nachfolger



haben sich bereits gelichtet. Nach den Absagen von Fraktionschef Franco Cavalli und Ständerat Ernst Leuenberger erklärte am Montag auch der Glarner Nationalrat und Preisüberwacher Werner Marti, er stehe nicht zur Verfügung. Auch der Bündner Nationalrat Andrea Hämerle hat keine Lust mehr aufs Parteipräsidium. Er war Ursula Koch vor knapp drei Jahren unterlegen. Weiterhin am Parteipräsidium interessiert ist die St. Galler Nationalrätin Hildegard Fässler (Bild) – auch wenn die Parteispitze mehrere Personen umfassen sollte. Fässler hatte ihr Interesse bereits vor einigen Wochen kundgetan, als Ursula Koch noch im Amt war, was nicht von allen goutiert worden war. Abwartend äusserte sich Nationalrätin Simonetta Sommaruga. Offen ist die Haltung der Genfer Ständerätin Christiane Brunner, die derzeit ausser Landes weilt. Den potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten bleibt ohnehin genügend Zeit zum Überlegen: Die Sektionen können ihre Favoriten bis zum 18. August nominieren – so sieht es der SP-interne Fahrplan vor. Kommt dazu, dass bis dahin ebenfalls eine Strukturreform zur Debatte steht. Grundsätzlich wird sich die Partei entscheiden müssen, ob das Präsidium weiterhin durch eine Einzelperson oder – nach dem Vorbild der deutschen Sozialdemokraten – von einer mehrköpfigen Führung ausgeübt wird.

D'Alema Rücktritt abgelehnt

Verheerende Niederlage für Regierung in Italien – Grosse Gewinne für Silvio Berlusconi

ROM: Der klare Sieg der Rechtsparteien bei den italienischen Regionalwahlen hat die Regierung in eine Krise gestürzt. Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi lehnte aber am Montagabend den Rücktritt von Ministerpräsident Massimo D'Alema ab.



Dank Umberto Bossi, Chef der Lega-Nord, konnten die Rechtsparteien bei den Regionalwahlen zulegen.

Er forderte den seit Oktober 1998 regierenden Politiker auf, im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen. Dagegen verlangte das siegreiche Mitte-Rechts-Bündnis des Oppositionschefs Silvio Berlusconi sofortige Neuwahlen.

Den Rechtsparteien war es am Sonntag gelungen, in acht von 15 Regionen eine Mehrheit zu erringen. Die Linke, die bisher in elf Regionen den Präsidenten stellte, verfehlte klar ihr Wahlziel und konnte ihre Führung in lediglich sieben Regionen halten.

D'Alema hatte in einer internen Krisensitzung der Regierung die Verantwortung für die Schlappe übernommen. «Es wäre aber ein grosser Fehler, jetzt das Parlament aufzulösen», sagte er. D'Alema machte nach dem Treffen mit Ciampi deutlich, dass seine Regierung zumindest bis zum wichtigen Verfassungsreferendum über ein neues Wahlrecht am 21. Mai im Amt bleiben wolle.

Mit der seit Jahren angestrebten Wahlrechtsreform sollen stabilere Regierungen in Italien möglich werden; seit dem Zweiten Weltkrieg gab es 56 Kabinettswechsel.

Norditalien: starke Rechte

Gemeinsam mit der Lega Nord von Umberto Bossi baute die Rechte ihre Führung vor allem im reichen Norditalien aus. Gemäss dem vorläufigen amtlichen Endergebnis stellen die rechten Parteien weiterhin die Regionalpräsidenten in den

nördlichen Regionen Piemont, Lombardei und Venetien sowie Apulien im Süden Italiens.

Überraschend nahmen sie der linken Regierungskoalition auch noch die Führung in Ligurien im Nordwesten Italiens und Latium rund um Rom ab. Hier wurde die postfaschistische Nationale Allianz stärkste Partei. Auch Apulien und Kalabrien fielen an die Rechte.

Zudem wird in der zentralitalienischen Region Abruzzen künftig ein Mitglied von Silvio Berlusconis Pol

der Freiheit, der sich aus Berlusconi Forza Italia, der neofaschistischen Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT) und der Lega Nord zusammensetzt, regieren.

Linke Hochburgen gesichert

Die Linke unter dem Namen «Ulivo», die in elf Regionen die Mehrheit hatte, stellt künftig lediglich in sieben Regionen den Präsidenten. Sie sicherte sich ihre Hochburgen in Mittelitalien, darunter Emilia Romagna, Umbrien und Toskana.

Drohgebärde von Österreich gegen die EU

Verspätete Zahlung Österreichs an EU trübe eigene Steuerzahler

BRÜSSEL: Österreichs Finanzminister hat mit der Verzögerung der Zahlung der Beiträge Wiens an die EU gedroht. Die EU-Kommission kritisierte die Drohung aus Wien gestern in Brüssel.

Der österreichische Finanzminister Karl-Heinz Grasser spiele mit dem Feuer, hiess es in EU-Kommissionskreisen. Aus Protest gegen die Beteiligung der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ) an der Regierung in Wien hatten die EU-Partner ihre Beziehungen zu Öster-

reich eingeschränkt. Zahlungsverzögerungen Wiens würden in erster Linie die Steuerzahler Österreichs treffen, erklärte eine Sprecherin der EU-Kommission. Grasser hatte die Zahlungsdrohung wegen Isolierung Österreichs durch die übrigen 14 EU-Staaten ausgesprochen.

In einem Interview mit der Tageszeitung «Kurier» hatte der FPÖ-Minister erklärt, eine Verzögerung der Zahlungen müsse so getan werden, dass Österreich nicht wegen einer Verletzung der EU-Verträge verurteilt werden könne. «Un-

pünktlich sein – das kann man machen», sagte er. Österreich müsse der EU zeigen, dass es das Diktat der übrigen EU-Staaten nicht hinnehmen könne. Grasser bezeichnete die Androhung eines österreichischen Vetos bei EU-Entscheidungen als absolut angemessen.

«Die EU braucht Österreich», erklärte er. Die Union solle sich von Vorurteilen und Intoleranz verabschieden, die Sanktionen ausklammern lassen und zur Normalität zurückkehren. Alles andere schade Europa. Normalerweise erhielten

die Mitgliedsstaaten zu jedem Monatsanfang eine Zahlungsaufforderung für ihre Beiträge in die Gemeinschaftskasse. Wenn sich die Zahlung verzögere, erfolge eine zweite Aufforderung, die mit hohen Verzugszinsen verbunden sei, sagte die Sprecherin weiter.

Die Kommission gehe aber davon aus, dass Österreich seinen Verpflichtungen aus dem EU-Vertrag nachkomme. Sollte sie Pflichten nicht erfüllen, könnte die Wiener Regierung vor den Europäischen Gerichtshof zitiert werden.

Abschaffung von Privilegien

Studentenunruhen in Moldawiens Hauptstadt Chisinau

CHISINAU: Etwa 10 000 Studenten haben sich gestern eine Strassenschlacht mit der Polizei in Moldawiens Hauptstadt Chisinau geliefert.

Die Hochschüler demonstrierten zunächst friedlich gegen die Ab-

schaffung ihrer Freifahrten im öffentlichen Nahverkehr.

Später bewarfen die Demonstranten aber das Gebäude der Stadtverwaltung mit Steinen, Flaschen und Eiern, meldete die russische Agentur Itar-Tass. Die Polizei

ging mit Schlagstöcken und Wasserwerfern vor und nahm etwa 60 Demonstranten fest. Die Studenten in der armen früheren Sowjetrepublik müssen mit Stipendien von umgerechnet fünf bis zwölf Franken monatlich auskommen.

Selbstmord von Zirkovic

Ehemaliger serbischer Kosovo-Funktionär nimmt sich das Leben

BELGRAD: Der langjährige, im Vorjahr abgelöste Chef der regierenden Sozialistischen Partei Serbiens im Kosovo, Vojislav Zirkovic, hat sich das Leben genommen. Zirkovic habe sich in der Nacht zum Montag in seinem Haus in Smederevo, nahe Belgrad, mit einer Pistole erschossen, meldete die Nachrichtenagentur Beta. Der Funktionär war Anfang vergangenen Jahres Mitglied der serbischen Delegation bei den Kosovo-Verhandlungen in Rambouillet (Frankreich). Die Archivaufnahme zeigt Zirkovic ganz rechts, links ist Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic bei einem Besuch in Pec zu sehen. (Bild: Keystone)



Weisse Farmer fliehen

HARARE: Nach der Eskalation der Gewalt gegen weisse Farmer in Simbabwe haben mehrere Güterbesitzer ihre Ländereien verlassen. Sie suchten Zuflucht in den Städten oder auf dem britischen Konsulat, wo sie Pässe beantragten. Mindestens 50 Familien hätten den Marondera-Bezirk in den vergangenen Tagen verlassen, teilte die Güterbesitzer-Vereinigung am Sonntagabend mit. Am Montag fanden sich viele Weisse vor dem britischen Konsulat ein, um wieder einen britischen Pass zu beantragen. Die weissen Simbawwer hatten ihre britische Pässe abgeben müssen, da das Land doppelte Staatsbürgerschaften verbiete. Grossbritannien hat indes zugesagt, er würde bei einer weiteren Verschärfung der Lage seine ehemaligen Bürger wieder aufnehmen. Schätzungen gehen davon aus, dass 25 000 Menschen in Simbabwe Anspruch auf die britische Staatsbürgerschaft haben. Am Wochenende waren die Auseinandersetzungen um die Besetzung von Farmen weissen eskaliert. Anhänger der regierenden Partei ZANU-PF hatten weisse Farmer angegriffen.